



HAUSHALT 2026

FÜR EINE HANDLUNGSFÄHIGE GEMEINSCHAFT

20. Oktober 2025
Der Ministerpräsident

VORSTELLUNG Haushalt 2026:

„Für eine handlungsfähige Gemeinschaft!“

Seit dem Beginn dieser Legislaturperiode arbeitet die Regierung fokussiert und engagiert an der Umsetzung des Leitbildes Ostbelgien leben 2040, das in der vorherigen Legislaturperiode gemeinsam mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet worden war, um unsere Region fit für die Zukunft zu machen.

In unserer Regierungserklärung vom 15. September 2025 haben wir nachweisen können, dass im ersten Jahr der Legislaturperiode bereits 38 konkrete Projekte verwirklicht wurden.

Für das 2. Jahr haben wir 87 zusätzliche Reformen und Initiativen in Aussicht gestellt.

Wir werden weiterhin all unsere Kraft aufbringen, um – wie es in der Regierungserklärung hieß – unsere Heimat zukunftsfähig, resilient und lebenswert zu gestalten.

Obwohl – oder gerade, weil – die äußeren Rahmendbedingungen sehr schwierig sind.

Die zahlreichen Kriege, Konflikte und Krisen auf diesem Planeten haben einen direkten Einfluss auf unser aller Leben.

Und sie beeinträchtigen die finanziellen Handlungsmöglichkeiten unserer Gemeinschaft.

Vor einem Jahr – bei der Vorstellung des Haushaltes 2025 – habe ich gesagt:

„Selten waren die Ausgangsvoraussetzungen für eine Haushaltplanung so undurchsichtig,
die Umstände so schwierig,
die Berechenbarkeit so unsicher

und die Vorbereitung eines Haushaltes
so aufwendig und komplex wie diesmal.“

Warum war das so?

Erstens weil die Kriege und Krisen zu einer Verschlechterung der makroökonomischen Parameter und damit zu einer Verschlechterung unserer Einnahmen führen.

Zweitens weil die EU ein Defizitverfahren gegen unser Land eingeleitet hatte und in einem blauen Brief von Belgien Sparmassnahmen in Höhe von 28 Milliarden einforderte.

Eine gigantische finanzpolitische Kraftanstrengung,
an der sich alle Bestandteile des belgischen Bundesstaates - also auch die DG - beteiligen müssen,
um Strafzahlungen zu vermeiden.

Drittens weil die Kriege und Konflikte eine massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben erfordern.

Vor diesem Hintergrund haben sowohl der Föderalstaat als auch alle Gemeinschaften und Regionen jeweils 2 Sparpakete auf den Weg gebracht.

Die Wallonische Region will bis zum Ende der Legislaturperiode jährlich 500 Millionen EUR einsparen.

Das 2. Sparpaket der Französischen Gemeinschaft umfasst 250 Millionen EUR pro Jahr.

Flandern hat Sparmassnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden EUR beschlossen.

Die Region Brüssel muss jedes Jahr 1 Milliarde einsparen.

Die föderale Regierung ringt gerade um ein 2. Sparpaket mit einem Volumen von 10 Milliarden EUR.

Und die DG hat ebenfalls 2 Sparpakete auf den Weg gebracht - mit einem Volumen von insgesamt 23 Millionen EUR pro Jahr.

Diese Sparpakete sollen auf allen Ebenen unseres Staates sicherstellen, dass wir erstens von europäischen Strafen verschont und zweitens handlungsfähig bleiben.

Daran hat sich seit der Vorstellung des Haushaltes 2025 vor einem Jahr im Grunde nichts geändert.

Die äußeren Rahmenbedingungen haben sich seitdem nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert.

Die Ausgangsvoraussetzungen für eine verlässliche Haushaltsplanung sind weiterhin schwierig und undurchsichtig.

Zum einen prognostiziert das föderale Planbüro für das laufende Jahr 2025 ein bescheidenes Wirtschaftswachstum von 1,2 %.

Für 2026 werden nur 1,1 % vorausgesagt.

Diese Zahlen belasten unsere Einnahmen.

Zum anderen gibt es trotz mannigfacher Verhandlungen auch nach einem Jahr keine Einigung über die innerbelgische Verteilung des eben erwähnten, von der EU auferlegten Sparkraftaktes in Höhe von 28 Milliarden EUR.

Anders ausgedrückt:

Von uns wird verlangt, die Ausgaben zu kürzen, um europäischen Strafzahlungen zu entgehen.

Wieviel wir aber genau sparen müssen, das sagt man uns immer noch nicht.

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir in einem derart unsicheren Kontext das langfristig ausgerichtete Leitbild „Ostbelgien leben 2040“ umsetzen wollen, brauchen wir eine langfristig ausgerichtete finanzpolitische Strategie.

Wenn wir unsere Gemeinschaft trotz aller Krisen und Unwägbarkeiten fit für die Zukunft machen wollen, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir in gleich welcher Situation und zu jedem erdenklichen Zeitpunkt handlungsfähig bleiben.

Wir müssen sowohl sparen als auch handlungsfähig bleiben.

Ja, wir müssen, sparen, um handlungsfähig zu bleiben.

Deshalb hatte bereits die Vorgängerregierung, unmittelbar nach dem Ausbruch der Coronakrise – im April 2020 - eine krisenbedingt angepasste finanzpolitische Strategie entworfen.

Nach Corona kam dann die Flutkatastrophe, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energie- und Inflationskrise, der Krieg im Gazastreifen, das Zollchaos, ...

Es versteht sich von selbst, dass die Regierung 5 Jahre später die finanzpolitische Strategie weiterentwickelt hat.

Das Ziel bleibt jedoch dasselbe:

Wir wollen mit unserer finanzpolitischen Strategie sicherstellen, dass unsere Gemeinschaft jederzeit in der Lage ist, die hohe Lebensqualität zu bewahren und in die Verbesserung der Lebensperspektiven zu investieren.

Erlauben Sie mir deshalb 5 wesentliche Punkte unserer finanzpolitischen Strategie in Erinnerung zu rufen:

Erstens: wir wollten von Anfang an in erheblichem Ausmaß Investitionen in laufende Ausgaben und Infrastrukturvorhaben vorziehen, um kommende Haushalte zu entlasten.

Dabei wollten wir von der wegen der Coronakrise eingeführten europäischen Flexibilitätsklausel profitieren.

Das haben wir getan.

Wir haben in den letzten Jahren hunderte Millionen an Investitionen vorgezogen.

Zweitens: wir wollten dann zu Beginn dieser Legislaturperiode im laufenden Haushalt wieder mit unserem Einkommen auskommen.

Das ist eine wichtige Voraussetzung, um neue Handlungsspielräume zu ermöglichen.

Auch das ist uns gelungen.

Sie werden den Haushaltsdokumenten entnehmen können, dass wir im laufenden Haushalt 2025 wieder mit unserem Einkommen auskommen. Dasselbe gilt für das Jahr 2026.

Der aktuellen Prognose zufolge dürfen wir im laufenden Haushalt 2025 mit einem Überschuss in Höhe von 10 Millionen rechnen.

Solche Überschüsse werden wir brauchen, um unsere Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten zu bewahren.

Zum ersten Mal seit Corona befindet sich auch der Primärsaldo der DG wieder im Plus.

Der Primärsaldo weist im Jahre 2025 ein Plus von 11,6 Millionen EUR auf. 2026 werden es knapp 19 Millionen sein.

Zwischen 2020 und heute stand der Primärsaldo jedes Jahr mit mindestens 20 Millionen EUR im Minus.

Wir hatten uns im April 2020 vorgenommen, ihn bis 2025 wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Auch das haben wir geschafft.

Drittens: Wir hatten uns vorgenommen, ab 2029 auf die Neutralisierung bzw. Abschreibung von Investitionen in Infrastrukturen zu verzichten.

Nach jetzigem Stand der Dinge ist das zwar keinesfalls gesichert, aber immer noch möglich.

Viertens: Wir wollten sicherstellen, dass unsere Verschuldung verkraftbar bleibt. Uns war von Anfang bewusst,

dass die krisenbedingt angepasste finanzpolitische Strategie zu einem Anstieg der Verschuldung führen würde.

Immerhin haben wir innerhalb weniger Jahre 300 Millionen EUR zur Verfügung gestellt, um den Menschen in der Coronazeit, nach der Flutkatastrohe und in der Energiekrise zu helfen.

Gleichzeitig haben wir hunderte Millionen EUR an Investitionen vorgezogen.

Wir haben zudem durch die Auflösung aller alternativen Finanzierungen viele Millionen EUR an Schulden von Gemeinden übernommen.

Hinzukam die vorzeitige Auflösung der PPP-Verträge.

Und zuletzt haben wir auch noch praktisch alle Schulden des FSU getilgt.

Durch solche Maßnahmen steigen Nominalschuld und Zinsbelastung in beachtlichem Umfang.

Jede einzelne dieser Maßnahme lag im Interesse unserer Gemeinschaft.

Jede einzelne dieser Maßnahmen war aus vielerlei Gründen gerechtfertigt.

Dennoch müssen wir selbstverständlich achtgeben, dass unsere Verschuldung uns nicht an die Grenzen der Belastbarkeit bringt.

Um diese Grenzen der Belastbarkeit zu definieren, haben wir uns vor einiger Zeit sehr ausführlich mit führenden Experten für öffentliche Haushalte beraten.

Bei der Bewertung der Verschuldung kommt es den Experten in erster Linie auf 2 Fragen an:

Ist der Staat in der Lage, seine Schulden zurückzahlen?

Ist die Rückzahlungsfähigkeit gegeben?

Auf diese erste Frage gibt der sogenannte Schuldendienstdeckungsgrad eine objektive, wissenschaftlich fundierte Antwort.

Und wie sehr belastet die Zinslast die Handlungsfähigkeit des Staates?

Auf diese zweite Frage gibt die Zinslastquote eine objektive, wissenschaftlich unterlegte Antwort.

Wie sieht es nun in der DG aus?

Die Rückzahlungsfähigkeit der DG ist objektiv gewährleistet und die Belastung durch Zinsen bewegt sich in einem objektiv vertretbaren Rahmen.

Schauen wir uns objektiv zunächst den **Schuldendienstdeckungsgrad** an.

Die Rückzahlungsfähigkeit wird in staatlichen Haushalten als Schuldendienstdeckungsgrad gemessen.

Die Höchstgrenze sehen Finanzwissenschaftler bei 25 %.

Wir liegen im kommenden Jahr bei 15,5 %.

Also weit unterhalb dieser Obergrenze.

Das bedeutet:

Wenn wir die gesamte Verschuldung der DG innerhalb von 30 Jahren komplett zurückzahlen und auf 0 reduzieren wollten, dann müssten wir 15,5 % unserer Einnahmen dafür aufbringen.

15,5 %.

Das ist in etwa so, als müsste ein privater Häuslebauer 15,5 % seines Einkommens aufbringen, um seine Kreditraten zu tilgen.

Vielen Menschen gelingt das nicht.

Häufig müssen private Häuslebauer bis zu 30 % ihres Einkommens in die Rückzahlung ihres Hauskredits investieren.

Die Regierung hat sich vorgenommen, den Wert von 20 % nicht zu überschreiten.

Wir wollen also strenger sein, als die Finanzexperten es empfohlen haben.

Damit sorgen wir dafür, dass unsere Verschuldung verkraftbar bleibt.

Schauen wir uns nun objektiv die Zinslastquote an.

Die Zinsen sind bekanntlich der Preis,
den wir für unsere Schulden und damit für unsere Krankenhäuser, Schulbauten,
WPZS, Kinderkrippen, Sport- und Kulturstätten bezahlen müssen.

Die Zinslastquote
– also die Belastung unseres Haushaltes durch Zinsen -
liegt in der DG im Verhältnis zu ihren Einnahmen im kommenden Jahr bei 7,4%.

Von unseren Einnahmen fließen also 7,4 % in den Schuldendienst.

Im Verhältnis zu unseren Ausgaben wiederum liegt die Zinslastquote bei 6,1 %.

Auch das ist verkraftbar.

In der Finanzwissenschaft gilt eine Zinslastquote unterhalb von 10 % als – ich
zitiere die OECD – „unproblematisch“.

Das sieht auch die EU-Kommission so.

Erst ab 15 % gilt demzufolge eine Zinslastquote als „potenziell gefährlich“.

Ich weiß, dass solche Prozentzahlen abstrakt wirken.

Zum besseren Verständnis bietet sich ein Vergleich mit unseren Nachbarn an.

In der BRD beispielsweise liegt die Zinslastquote in diesem Jahr bei 7,5 %.
Hinzukommen dort die Zinsbelastungen durch die sogenannten
Sondervermögen, die aus dem Kernhaushalt herausgerechnet werden.

Der Haushalt der DG wird folglich weniger durch Zinsen belastet, als das in der BRD der Fall ist.

Die Regierung der DG hat sich vorgenommen, eine Zinslastquote von 10 % nicht zu überschreiten.

Auch in diesem Bereich sind wir also strenger als von den Experten empfohlen. Eine Zinslastquote von 10 % gilt nämlich, wie gesagt, als „unproblematisch“.

Damit gewährleisten wir,
dass die Zinsen unseren Haushalt nicht über Gebühr belasten und unsere Handlungsfähigkeit nicht unzumutbar einschränken.

Fünftens, wir wollen die neuen, überaus strengen europäischen Haushaltsvorgaben einhalten und Strafzahlungen vermeiden.

Auch das wird uns mit unseren Haushaltsentwürfen gelingen.

Wir haben uns mit unseren Sparpaketen, wie Sie wissen, frühzeitig, wohlüberlegt und vorausschauend auf alle möglichen Szenarien vorbereitet.

Wir haben rechtzeitig den Mut zu unpopulären Entscheidungen aufgebracht, um unsere Gemeinschaft einerseits vor Strafen zu schützen und uns andererseits neue Handlungsspielräume zu erarbeiten.

Mit unseren im letzten Programmdekret bereits beschlossenen und unseren in der Regierungserklärung vom 15. September 2025 angekündigten Maßnahmen sparen wir insgesamt etwa 23 Millionen EUR pro Jahr ein.

In den letzten Wochen haben wir zudem, wie versprochen, alle 9 deutschsprachigen Gemeindegremien getroffen, um über unsere Infrastrukturzuschüsse zu sprechen.

Ich werde Ihnen gleich unseren Infrastrukturplan 2025-2026 vorstellen.

Aber eines kann ich vorwegnehmen:

Es ist uns bereits jetzt gelungen, unsere Infrastrukturausgaben um 32 Millionen zu kürzen.

Darüber hinaus halten wir,
wie in der Regierungserklärung angekündigt,
an unserem Durchforstungsprozess in den laufenden, fakultativen Ausgaben fest.

Seit 2017 ist es uns immer, Jahr pro Jahr, gelungen,
mit der Haushaltsdurchforstung zwischen 15 und 20 Millionen EUR
einzusparen.

Daran wollen wir uns orientieren.

Um das zu verdeutlichen,
haben wir in die langfristige Finanzplanung eine Zeile „Haushaltsdurchforstung“
eingefügt und mit 8 Millionen EUR bestückt.

Über diesen Weg zeigen wir auf,
welche Auswirkung auf das Ergebnis
eine Durchforstungseinsparung in Höhe von 8 Millionen pro Jahr haben wird.

Wobei wir, wie gesagt, in den letzten Jahren nicht nur 8 Millionen, sondern
immer mindestens 15 Millionen durch die Durchforstung eingespart haben.

In den neuen europäischen Vorgaben geht es bekanntlich nicht mehr um die
sogenannte SEC-Ergebnisse,
sondern um die Entwicklung der Nettoprimärausgaben (NPA).

Damit die Einhaltung der neuen europäischen Vorgaben transparent
nachvollzogen werden kann, haben wir, wie im letzten Jahr vom Rechnungshof
eingefordert, in der Haushaltssimulation jetzt auch die Entwicklung der NPA
aufgeführt.

Für alle staatlichen Einrichtungen in unserem Land besteht nunmehr das
wichtigste finanzpolitische Ziel darin, die NPA-Vorgaben der EU einzuhalten.
Das gilt auch für uns.

Ich fasse noch mal die fünf wichtigsten Punkte unserer finanzpolitischen Strategie zusammen:

- 1) Wir kommen ab sofort im laufenden Haushalt wieder strukturell mit unserem Einkommen aus.**
- 2) Wir erzielen ab sofort wieder Überschüsse im Primärsaldo.**
- 3) Unsere Verschuldung bleibt verkraftbar. Der Schuldendienstdeckungsgrad liegt unterhalb von 20 %. Die Zinslastquote liegt unterhalb von 10 %**
- 4) Wir bemühen uns nach wie vor, ab 2029 auf die Neutralisierung von Infrastrukturausgaben verzichten.**
- 5) Wir halten die neuen, strengen europäischen Vorgaben ein und schützen unsere Gemeinschaft vor Strafzahlungen.**

Mit dieser Strategie sorgen wir dafür, dass unsere Gemeinschaft **jederzeit handlungsfähig** ist.

Mit dieser Strategie schaffen wir den finanzpolitischen Rahmen dafür, die riesigen Herausforderungen, vor den wir insbesondere im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen stehen, bewältigen zu können.

In diese Strategie ordnen sich die aktuellen Haushaltsentwürfe ein.

Wir unterbreiten Ihnen heute das endgültige Haushaltergebnis 2024, die 2. Haushaltsanpassung 2025 und den Ursprungshaushalt 2026.

Der Rechnungshof hat mittlerweile die Konten und Abrechnungen des Jahres 2024 geprüft. Und er hat uns für das Jahr 2024 eine „uneingeschränkte Zertifizierung“ ausgestellt.

Ein uneingeschränktes Testat für einen staatlichen Haushalt hat in Belgien Seltenheitswert und belegt, dass wir rechtskonform, gewissenhaft, korrekt und transparent haushalten.

Das vom Rechnungshof zertifizierte, endgültige Haushaltergebnis des Jahres 2024 verbessert sich im Vergleich zur Planung um 17,5 Millionen EUR.

Wir haben also im vergangenen Jahr durch den Durchforstungsprozess erneut 17,5 Millionen EUR in den laufenden Ausgaben eingespart.

Der SEC-Saldo wiederum verbessert sich um knapp 60 Millionen EUR. Hinzu kommt wahrscheinlich die buchhalterische Umklassierung durch das ICN der Auszahlung bestimmter Subventionen an die WPZS und Teilen der Gemeindedotation.

Das Ergebnis 2024 zeigt, dass wir unsere Einnahmen und Ausgaben stets sehr vorsichtig einschätzen und konsequent am Prozess der Haushaltsdurchforstung festhalten.

Die Haushalte 2025 und 2026 sind, wie schon in der Regierungserklärung 16. September 2024 angekündigt, Sparhaushalte.

Wir müssen aus 3 Gründen sparen:

Erstens, weil unsere Einnahmen wegen der globalen Krisen sinken.

Zweitens, weil die EU von uns eine Kürzung der Ausgaben verlangt.

Drittens weil wir uns neue Handlungsspielräume erarbeiten wollen, um die großen Herausforderungen im Gesundheits- und Bildungsbereich bewältigen zu können.

Wir wollen alle Schulen, die noch nicht saniert wurden, modernisieren und dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler in jeder Schule über hervorragende Lernbedingungen verfügen, die modernsten Ansprüchen genügen.

Das sind wir den kommenden Generationen schuldig.

Insgesamt betrachtet befinden sich unsere Schulen in einem erkennbar besseren Zustand als in den meisten unserer Nachbarregionen.

Dennoch gibt es in einigen Schulen immer noch einen hohen Investitionsbedarf.

Ich denke da z.B. an das CFA, das KAS, die BS, die MG, das TI, die PDS und das ZAWM.

Um diesen Bedarf komplett zu erfüllen, sind Investitionen im 9-stelligen Bereich erforderlich.

Ähnliches gilt für unsere beiden Krankenhäuser.

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten bereits enorme Anstrengungen unternommen.

Aber wenn wir die Existenz und die Zukunftsfähigkeit unserer Krankenhäuser vor dem Hintergrund der föderalen Reformen sichern wollen, dann müssen wir darüber hinaus erneut mindestens 150 Millionen EUR in die beiden Häuser investieren.

Ansonsten riskieren wir, dass beide Krankenhäuser irgendwann verschwinden, weil sie die Normen nicht erfüllen.

Wir könnten das heute noch ignorieren und auf Zeit spielen.

Dadurch könnten wir uns ungemütliche Spardiskussionen ersparen.

Aber das wollen und das werden wir nicht tun.

Nein, wir wollen und wir werden hier und jetzt Verantwortung übernehmen.

Für diese und für kommende Generationen.

Auch deshalb sparen wir.

Wir sparen, um handlungsfähig zu bleiben.

Wir sparen nicht zuletzt, um uns die notwendigen Handlungsspielräume für unsere Krankenhäuser und Schulen zu erarbeiten.

Bildung und Gesundheit..., das sind die wichtigsten Prioritäten, die wir uns gesetzt haben.

Uns geht es in Ostbelgien trotz aller Krisen vergleichsweise gut.

Wenn ich mal von Luxemburg absehe, kann das jeder erkennen, der einen Blick in unsere Nachbarregionen wirft.

Und wir wollen, dass das so bleibt.

Wir wollen allen Krisen zum Trotz unsere Lebensqualität kurz-, mittel- und langfristig bewahren.

Das wiederum wird nicht ohne Sparanstrengungen gehen.

Sparen ist nie angenehm.

Zum Sparen gehört Mut.

Diesen Mut zur Verantwortung wollen wir aufbringen.

Nicht aus Spaß an der Freude.

Sondern weil es aus unserer Sicht dazu keine wünschenswerte Alternative gibt.

Dabei gehen wir gezielt in kleinen Schritten sozialverträglich vor und vermeiden soziale Kahlschläge.

Das erste Sparpaket wurde bereits vom Parlament verabschiedet.

Das zweite Sparpaket haben wir Ihnen vor einem Monat an dieser Stelle ausführlich vorgestellt. Ich verweise auf unsere Regierungserklärung vom 15. September 2025. Daran hat sich nichts geändert. Wir werden das entsprechende Spardekret im Frühjahr 2026 im Parlament hinterlegen. Vorher werden wir dazu das Gutachten des Staatsrates einholen.

Kolleginnen und Kollegen,

die Haushalte 2025 und 2026 sind zwar Sparhaushalte, aber wir bleiben auch in diesen Jahren handlungsfähig.

Das möchte ich anhand einiger Beispiele verdeutlichen.

Mit den heute hinterlegten Haushaltsentwürfen erhöhen wir unsere Investitionen in die Seniorenpflege um 1 Million EUR.

Uns ist bewusst, dass es im Pflegebereich noch Nachholbedarf gibt.

Wir haben den allergrößten Respekt vor der bewundernswerten Arbeit, die dort geleistet wird.

Deshalb haben wir den WPZS Vorschläge unterbreitet,
um ihre Finanzierung zu flexibilisieren,
was bei den Verantwortlichen auf großes Interesse gestoßen ist.

Wir investieren zudem 700.000 EUR in ihre digitale Infrastruktur.

Wir zahlen in der Seniorenpflege belgienweit die mit Abstand höchsten Gehälter aus und finanzieren die günstigsten Normen.

Und sind wir sind die einzigen in Belgien,
die öffentliche und private Häuser finanziell gleichberechtigt behandeln.

Keinem anderen Gliedstaat in Belgien ist diese Angleichung von privaten und öffentlichen Häusern bislang gelungen.

Gleichzeitig investieren wir im kommenden Jahr zusätzliche Mittel in die Aufwertung der häuslichen Hilfen,
um die Dienste finanziell zu entlasten und sie auf ansteigende Bedarfe vorzubereiten.

Die beiden Dienste erhalten künftig einen zusätzlichen Zuschuss, der es ihnen erlaubt, gezielt und flexibel auf die Bedarfe einzugehen.

Vivadom hat diese Maßnahme sehr begrüßt.

Auch die SOS Hilfe, die ja ab Januar 2026 die Dienstleistungen, Mitarbeitenden und Kunden der SAFPA übernehmen wird, ist gut aufgestellt, um als neuer Dienstleister in der häuslichen Hilfe zu fungieren.

Die Seniorendorfhäuser Schönberg und Grüfflingen sind im Jahr 2025 an zwei Tagen in der Woche geöffnet.

Vor kurzem hat auch das Seniorendorfhaus in Hünningen eröffnet. Dieses öffnet ebenfalls zwei Tage in der Woche.

Die Planung zur Eröffnung des Seniorendorfhauses in Amel schreitet ebenfalls weiter voran. Man rechnet dort mit einer Eröffnung des Angebotes im Frühjahr 2026.

Für den Seniorenbereich sind keine Einsparungen geplant.

Im Gegenteil.

Die Investitionen in die Seniorenpflege haben wir in den letzten 5 Jahren fast **verdoppelt.**

Wir wollen die Rahmenbedingungen in der Seniorenpflege weiter verbessern, um dafür zu sorgen, dass man in unserer Gemeinschaft selbstbestimmt und würdevoll altern kann.

Für das Pflegegeld wiederum sehen wir im kommenden Jahr erneut 7,5 Millionen EUR vor. Das entspricht einer weiteren Steigerung um 16 % im Vergleich zum Jahr 2023.

Wie in unserer Regierungserklärung vor einem Monat versprochen, werden wir noch in dieser Sitzungsperiode ein neues Konzept für die Auszahlung des Pflegegeldes vorlegen.

In den letzten Jahren haben wir unsere Anstrengungen zugunsten der Kinderbetreuung glatt **verdreifacht**.

Von 4,1 Millionen EUR im Jahre 2020 auf 12,3 Millionen EUR im kommenden Jahr.

Über 300 zusätzliche Betreuungsplätze – u.a. in der Ferienbetreuung - wurden geschaffen. Der Deckungsgrad der Kleinkindbetreuung stieg von 36 % im Jahr 2019 auf 56 % im Jahr 2024 – ein Spitzenwert in Europa.

Wir zahlen im belgienweiten Vergleich auch für diesen Bereich die mit Abstand höchsten Gehälter aus.

Nirgendwo in Belgien gibt es ein vergleichbar attraktives Personalstatut für die Kinderbetreuung.

Die Regierung reagiert zudem flexibel auf einzelne Kinderbetreuungsbedarfe in dezentral gelegenen Ortschaften.

Mit der Schaffung eines innovativen Vorzeigeprojekts in Manderfeld beispielsweise setzt das ZKB in Zusammenarbeit mit der Gemeinde eine innovative Lösung für den spezifischen Bedarf an Kleinkindbetreuung in die Tat um.

Solche dezentralen Strukturen können als Musterbeispiel dienen. Hierfür hat die Regierung dem Zentrum die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.

In Hergenrath ist im kommenden Jahr die Schaffung eines neuen Aube-Standorts in Planung.

Wir begrüßen ausdrücklich die Entscheidung des ZKB, keinen Aube-Standort zu schließen, selbst wenn die Auslastung eine Schließung begründen könnte.

Die Mittel für Menschen mit Beeinträchtigung werden im kommenden Jahr um 700.000 EUR angehoben, um Lohnsteigerungen zu finanzieren und neue Begleitangebote zu schaffen.

Diese Erhöhungen kommen z.B. dem Begleitzentrum Griesdeck, der Wohngruppe St.Vith, der Tagesstätte Meyerode und der Tagesstätte Leoni Kelmis zugute.

Die Zuschüsse an soziale Organisationen erhöhen wir im kommenden Jahr um 312.000 EUR. Davon werden z.B. die sozialen Treffpunkte und Info Integration profitieren.

Für die Gehälter im Unterrichtswesen sehen wir eine Erhöhung um knapp 2 Millionen EUR vor.

Ich erinnere daran, dass wir unsere Investitionen in das Unterrichtspersonal in den letzten 5 Jahren um sage und schreibe 38 % erhöht haben.

Von 103 Millionen auf 142 Millionen EUR.

Das entspricht einem Anstieg um 39 Millionen, jährlich wiederkehrend!

Damit haben wir zum Beispiel finanziert:

- Die Verringerung der Klassengrößen,
- Die Schaffung eines Vertreterpools,
- Die Einstellung von Kindergartenassistenten,
- Die Einstellung von IT-Verantwortlichen in unseren Schulen,
- Die Einstellung von zusätzlichem Personal an der AHS,
- Die Aufwertung der Musikakademie,
- Die Schaffung zusätzlicher Stellen am ZAWM
- Die Einstellung von Fördergrundschulassistenten,
- Oder auch die Stärkung der Führungsstrukturen in unseren Schulen.

Wir halten an all diesen Erhöhungen fest.

Mit dem kürzlich von der Regierung in erster Lesung verabschiedeten neuen Sammeldekret werden wir Ihnen in wenigen Monaten weitere Verbesserungen für das Unterrichtswesen vorschlagen.

Neben den Personalkosten erhöhen wir auch die Zuschüsse für das Funktionieren der Schulen um weitere 1,3 Millionen EUR.

Die Subventionen für die **Schülerbeförderung** wollen wir im Vergleich zum letzten Jahr um 200.000 EUR erhöhen. Innerhalb von 5 Jahren haben wir diese Mittel **um 50 % angehoben**, von 1,4 Millionen auf 2,1 Millionen, jedes Jahr wiederkehrend.

Auch die Mittel für DUO-Beihilfen werden um 300.000 EUR erhöht.

Wir werden, das System der DUO-Beihilfen zwar, wie in der Regierungserklärung vor einem Monat angekündigt, anpassen; feststeht aber,

dass wir unsere Investitionen in Ausbildungsbeihilfen und Studienbörsen innerhalb von 5 Jahren glatt verfünffacht haben.

Von 400.000 EUR auf 2,1 Millionen EUR pro Jahr.

Die Mittel zur Reduzierung der Schulbesuchskosten werden wir, wie in der Regierungserklärung versprochen, ebenfalls ein weiteres Mal erhöhen – und zwar genau um den Betrag, den wir durch die Streichung des Schulbonus einsparen.

Die durch den Schulbonus eingesparten Gelder werden integral in eine weitere Reduzierung der Schulbesuchskosten fließen.

Die Schulbesuchskosten sind bei uns heute schon dank unserer Investitionen deutlich niedriger als im Landesinnern.

Unser Bildungssystem gilt heute laut PISA-Studien als eines der gerechtesten in der gesamten OECD.

Dennoch möchten wir die Bildungsgerechtigkeit in unserer Gemeinschaft weiter verbessern.

Die flämische Gemeinschaft hat übrigens ebenso beschlossen, den Schulbonus zu streichen.

Jedoch investiert Flandern das dadurch eingesparte Geld nicht (wie wir) in eine Reduzierung der Schulbesuchskosten.

Dort dient diese Einsparung einzig der Sanierung des Haushaltes.

Das ist bei uns anders.

Es bleibt dabei:

Keine Gemeinschaft in Belgien investiert pro Schüler so viel in Unterricht und Ausbildung wie wir.

Natürlich ist auch bei uns nicht alles perfekt.

Natürlich gibt es auch bei uns Nachhol- und Reformbedarf.

Daran arbeiten wir sehr gewissenhaft.

Dennoch zeigt der Zahlenvergleich mit dem Inland, dass Bildung auch haushaltspolitisch zu den wichtigsten Prioritäten dieser Regierung gehört.

Kommen wir zur Kultur.

Neben den Möglichkeiten für Kulturträger, besondere Projekte gefördert zu bekommen, behalten wir das bewährte Programm von „Kultur macht Schule“ bei.

Bei den Kreativen Ateliers sehen wir eine Erhöhung der Zuschüsse vor, die aufgrund der Auswirkungen von Neueinstufungen infolge von Dekretvorgaben vollzogen wird.

Bei den Zuschüssen für die professionellen Kulturproduzenten und Kulturveranstalter werden wir wieder einen Koeffizienten anwenden müssen.

Der neue Koeffizient für das Jahr 2026 wird nur minimal von dem Koeffizienten abweichen, der 2025 angewandt wurde.

Diese Vorgehensweise führt also zu kleineren Mindereinnahmen aber, was für uns als Regierung besonders wichtig ist: Es muss kein Personal entlassen werden.

Im Sportbereich planen wir weiterhin ein neues Pilotprojekt für den Breiten- und Spitzensport, gemeinsam mit dem Verband der deutschsprachigen Turnvereine (VDT).

In der Erwachsenenbildung stellen wir bedeutende Mittel für besondere Initiativen im Bereich der politischen Bildung bereit.

Im Medienbereich sind wir gezwungen, die Dotation des BRF auf den Stand von 2025 einzufrieren. Das ist schmerzhaft und stellt den BRF vor große Herausforderungen. Die Feststellung, dass die Sparmassnahmen im Inland, bei

VRT und RTBF, noch sehr viel strenger ausfallen, hilft dem BRF nicht. Der BRF ist für unsere Gemeinschaft von sehr großer Bedeutung. Er steht seit 80 Jahren für objektiven, unabhängigen, bodenständigen und professionellen Journalismus. Deshalb werden wir ihn auch in dieser schwierigen Zeit, da wo uns das möglich ist, unterstützen.

Kolleginnen und Kollegen,

diese Beispiele belegen, dass wir zwar sparen, aber handlungsfähig bleiben.

Das gilt auch für unsere Infrastrukturinvestitionen.

Wir sparen zwar 32 Millionen EUR ein; aber wir investieren in diesem und im kommenden Jahr immerhin knapp 92 Millionen in die Infrastrukturen von Vereinen, Gemeinden und Gemeinschaft.

Hierfür möchte ich ebenfalls einige Beispiele nennen.

Für Schulinfrastrukturen stellen wir Zuschüsse in Höhe von 16,7 Millionen EUR zur Verfügung.

Davon werden die Gemeindeschulen in Meyerode, Weywertz, Bütgenbach, Hergenrath, Elsenborn, Nidrum, Lontzen, Raeren, Kettenis, Burg Reuland, Eynatten, Walhorn, Neidingen, Born, Lommersweiler, Kelmis, Büllingen, Recht und St.Vith profitieren.

All diese Arbeiten bezuschussen wir zu 80 %.

Wir sind die einzige Gemeinschaft in Belgien, die 80 % der Kosten für Infrastrukturprojekte von Gemeindeschulen übernimmt.

Anderswo gibt es dafür höchstens 40-60 % - wenn überhaupt.

Zu 100 % übernehmen wir die Kosten für anstehende Arbeiten im KAE, der MG, der BIB, dem RSI, dem ZAWM und dem CFA.

Zu 60 % bezuschussen werden wir Arbeiten an Dorfsälen und Vereinshäusern in Berg, Bütgenbach, Wallerode, Hünningen, Deidenberg, Elsenborn und Crombach.

Genauso wie Sportanlagen und Spielplätze in Elsenborn, Oudler, Recht, Honsfeld, Raeren, Rocherath, Kelmis, Amel, Rodt, Büllingen, Eupen, St.Vith, Hergenrath, Herbesthal, Nidrum, Lontzen, Bütgenbach und Heppenbach, Eynatten, Braunlauf, Wallerode, Crombach, und Kettenis.

Zu 80 % werden wir anstehende Arbeiten im Behindertenbereich bezuschussen. Dazu gehören die Tagesstätte Garnstock, die Frühhilfe Ostbelgien, die WG Lommersweiler und der Hof Peters. Allein für den Hof Peters haben wir einen Zuschuss von knapp 4 Millionen EUR eingeplant.

Außerdem fördern wir zu 60 % Projekte im Senioren- und Sozialbereich.

So z.B. für das begleitete Wohnen in St.Vith, den Katharinenstift, den Josephine Koch Service, das Marienheim, den Hof Bütgenbach und das psychiatrische Pflegewohnheim ins St.Vith.

Die Krankenhäuser erhalten ihrerseits in diesem und im kommenden Jahr 7,2 Millionen EUR.

Weitere 5 Millionen EUR werden wir investieren in die Erweiterung des Gewerbeparks in Grüfflingen und die Gewerbeflächen Eupen I, II und IV.

Für direkte Maßnahmen zur Energieeinsparungen bei Gemeinden, sozialen Einrichtungen und Vereinen stellen wir darüber hinaus 15,7 Millionen EUR zur Verfügung.

Wir sind die Einzigen in Belgien, die solche Energiesparmassnahmen zu 80 % bezuschussen.

Gute Infrastrukturen tragen zu unserer Lebensqualität bei.

Wir müssen sie stetig unterhalten, mitunter auch modernisieren und ausbauen. Die Regierung ist dazu weiterhin bereit und in der Lage, in all unseren Ortschaften.

Ohne die Autonomie unserer Gemeinschaft würden sehr viele dieser Projekte nicht bezuschusst und folglich auch nicht durchgeführt.

Dank unserer Autonomie können wir im direkten Dialog mit allen Gemeinden maßgeschneidert, bedarfsgerecht und dezentral handeln, um unseren ländlichen Raum zu stärken.

Das dürfen wir niemals aufgeben. Diese Chance müssen wir nutzen. Genau das tun wir.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in 45 Minuten kann man viel, aber nicht alles sagen.

Es ist an dieser Stelle unmöglich, alle Einzelheiten der Haushaltsentwürfe vorzustellen.

Ich habe versucht darzulegen, mit welcher finanzpolitischen Strategie wir dafür sorgen, dass unsere Gemeinschaft auch in Krisenzeiten zu jedem Zeitpunkt handlungsfähig bleibt.

Nach jetzigem Stand der Dinge können wir all unsere finanzpolitischen Ziele erreichen.

Wir kommen sowohl 2025 als auch 2026 im laufenden Haushalt mit unserem Einkommen aus.

Wir erzielen erstmals seit dem Ausbruch der Coronakrise wieder Überschüsse im Primärsaldo.

Unsere Verschuldung bleibt nach objektiven Kriterien verkraftbar.

Die Zinsbelastung bewegt sich weiterhin in einem vertretbaren Rahmen.

Und wir sind gut aufgestellt, um europäische Strafzahlungen zu vermeiden.

Ja, wir müssen sparen.

Ich habe aufzuzeigen versucht, warum das so ist.

Aber wir tun das auf eine möglichst sozialverträgliche Art und Weise.

Wir sparen, aber wir sind handlungsfähig.

Wir sparen, um handlungsfähig zu bleiben.

Dafür habe ich konkrete Beispiele sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch im Infrastrukturbereich genannt.

Für weitere Einzelheiten verweise ich auf unsere mehr als 1400 Seiten umfassenden schriftlichen Erläuterungen, die wir Ihnen jetzt aushändigen werden.

Bei allem, was wir tun, legen wir größten Wert auf **Transparenz**.

Nicht nur hier im Parlament, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit.

Wir sind weiterhin die einzige Gemeinschaft in Belgien, die dem Rechnungshof einen direkten Zugang zum gesamten Buchungssystem und allen Belegen gewährt.

Und wir sind immer noch die einzige Gemeinschaft, die ihr gesamtes Finanzgebaren bis hin zu allen Konto- und Schuldenständen in Echtzeit im Internet veröffentlicht.

Uns geht es in Ostbelgien vergleichsweise gut.

Die Regierung ist auch in Krisenzeiten fest entschlossen dafür zu sorgen, dass das so bleibt.

Ich wünsche uns allen konstruktiv-kritische Haushaltberatungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

